

Historikertag 2016: Alte Geschichte
von Franziska Weise, Philip Egetenmeier, Michael Zerjadtke

Besprochene Sektionen:

Glauben und die Glaubwürdigkeit des Historikers

Zwischen Konkurrenz und Integration: ‚Heilige Männer‘ und die kirchliche und staatliche Ordnung in der Spätantike

State, Kingdom and Empire: Experiences in Premodern India and Europe

Diskursräume der Aushandlung von Wissen und Meinungen im klassischen Athen

Vergangenheit als Glaubensfrage? Geschichte in der politischen Kommunikation der Antike

Der Historikertag 2016 in Hamburg stand unter dem Leitthema „Glaubensfragen“. Der mehrdeutige Begriff „Glauben“ im Sinne eines unhinterfragten und ungeprüften „Fürwahrhaltens“ erlaubte den Referentinnen und Referenten der einzelnen Sektionen aufgrund seiner semantischen Breite, sowohl religions- als auch wissenschaftliche Themen zu bespielen.

In der von Christian Wendt und Neville Morley geleiteten Sektion „Glauben und die Glaubwürdigkeit des Historikers“ wurden die Gewährsmänner unseres vermeintlichen Wissens kritisch unter die Lupe genommen. Wie kam ein derart hohes Maß an Glaubwürdigkeit zustande, dass manche Autoren zu einer quasi unanfechtbaren Instanz wurden? Vor allem das „Glauben-Wollen“ an die Zuverlässigkeit bzw. sogar Autorität und Deutungshoheit eines Historikers spielte eine zentrale Rolle bei der Generierung und Perpetuierung ebendieser. Diesen Problemstellungen widmeten sich die Referenten der Sektion anhand des Beispiels des Thukydides und seiner Rezeption.

CHRISTIAN WENDT (Berlin) ging in seinem Vortrag dem Glaubwürdigkeitspostulat des Thukydides nach. Anhand zentraler Text-

passagen aus Proömium und Methodenkapitel stellte er heraus, wie Thukydides explizit das eigene Glauben ebenso als Voraussetzung eines Urteils wie auch als Bewertungsmaßstab verwendete. Mittels wiederkehrender Wendungen grenzte der antike Historiker das Offensichtliche und scheinbar Wahre von seiner eigenen, tieferen Einsicht in die Vorgänge ab. Durch das demonstrative Gegenüberstellen seiner auktorialen Sicht auf die Vorgänge gegenüber der eingeschränkten Perspektive der auftretenden Sprecher innerhalb seines Werkes suggerierte er dem Leser, dass sich seine Aussagen auf einer höheren Ebene der Glaubwürdigkeit befänden.

Wie es dazu kam, dass der als Musterhistoriker wahrgenommene Thukydides zu nahezu unanfechtbarer Glaubwürdigkeit gelangen konnte, war Gegenstand des Vortrags „Belief in an Unhistorical Thucydides“ von NEVILLE MORLEY (Exeter). Vor allem durch sein Methodenkapitel habe Thukydides seine historiographische Autorität konstruieren können. Dieses Bild wurde noch zusätzlich von der modernen Geschichtsschreibung gefördert, indem gezielt nach weiteren Belegen für seine umfassende Glaubwürdigkeit gesucht wurde und Widersprüchlichkeiten lange einfach wegdiskutiert wurden. Besondere Bedeutung kam hierbei der Nützlichkeit und Nutzbarkeit des Thukydides als Vorbild bzw. Prototyp eines Historikers zu, was dazu führte, dass an seine Autorität auch geglaubt werden wollte.

LIISI KEEDUS (York) widmete sich in ihrem Vortrag dem Philosophen Leo Strauss und dessen Einstellung zum Historismus. Bezüglich Strauss, dessen Beurteilung zwischen einem ‚revivalist of great ideas‘, einem ‚ahistorical reader‘ und einem ‚anti-historicist‘ verläuft, kam Keedus zu der Einschätzung, dass jener weniger im Dialog mit der Antike stand als vielmehr an die deutsche Tradition und seine Zeitgenossen gebunden war. Dies beruhte in erste Linie auf seiner Sozialisation in der deutschen Wissenschaftslandschaft des frühen 20. Jahrhunderts, die sein eigenes Arbeiten mit antiken Texten trotz aller methodischer Kritik am Historismus intensiver prägte als üblicherweise angenommen.

In seinem Kommentar zu den Vorträgen lieferte UWE WALTER (Bielefeld) Denkanstöße zu geschichtstheoretischen Glaubensfeldern. Das Selbstbewusstsein, das die Geschichtsschreibung mit ihrer Etablierung als Wissenschaft im 19. Jahrhundert aufgrund ihrer Methodik generierte, führte zu einer Form der Wissenschaftsgläubigkeit. Später bildeten Paradigmen disziplinintern lange Zeit die neuen Glaubensquellen bzw. sogar Dogmen, während in Anbetracht der aktuellen Pluralisierung von Paradigmen von keinem Glauben an die *eine* Methode mehr gesprochen werden kann. In der heutigen Forschungspraxis bestehe die Gefahr, dass der Glaube an das saubere Arbeiten anderer Wissenschaftler als Voraussetzung für eigene Arbeiten sowie die Berufung auf einige wenige Autoritäten zwangsläufig zu einer ungewollten Homogenisierung führen könnte.

In der von Kai Trampedach (Heidelberg) moderierten Sektion „Zwischen Konkurrenz und Integration: ‚Heilige Männer‘ und die kirchliche und staatliche Ordnung in der Spätantike“ wurde das Spannungsfeld zwischen den Heiligen auf der einen sowie den kirchlichen und staatlichen Institutionen auf der anderen Seite in den Fokus gerückt. In seinen einführenden Erläuterungen ging er auf die Forschungsgeschichte ein und lieferte einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Ideals eines Bischofs. Anschließend wies er auf die Praxis der Umdeutung und Instrumentalisierung des Handelns von Heiligen durch die Autoren von Heiligenviten hin und stellte die *Vita Danielis Stylitae* als exemplarische Geschichte vor.

LUDWIG MEIER (Heidelberg) ging auf die Autorität von Heiligen und deren Konflikte mit Staat, Kirche und Gesellschaft ein, wobei er drei beispielhafte Erzählungen heranzog. Die Lebensbeschreibung des heiligen Sergius zeige zum einen die Wirkungslosigkeit staatlichen Handelns gegen einen Heiligen und zum anderen dessen Einstellung gegenüber den Wünschen seiner Gemeinde. Anhand der von Johannes von Ephesos verfassten *Vita* des heiligen Jakob stellte er die These auf, dass in hagiographischen Diskursen Konflikte theologischer Natur verarbeitet würden. Abschließend zeigte er am Beispiel des Johannes

von Tella, der aufgrund eines Konfliktes mit einer Schaustellertruppe ins Exil gehen musste, dass die Autorität eines Heiligen von den städtischen Eliten abgelehnt werden konnte. Die drei Beispiele illustrierten das Bemühen der östlichen Christen um Kompromisse und ein konfliktfreies Nebeneinander, während Heilige und Asketen eine strengere Glaubensauslegung durchsetzen wollten.

Auch STEFFEN DIEFENBACH (Konstanz) nahm den Konflikt zwischen Asketen und Kirchenvertretern unter die Lupe. Der Widerstand gegen die Bischofsweihe Martins von Tours, der eine asketische Lebensweise pflegte, sei nicht von den Bischöfen der Oberschicht ausgegangen. Vielmehr seien unter den Mönchen, die sich im von Martin gegründeten Kloster zusammenfanden, auch Mitglieder der Senatorenschicht gewesen. Nach Steffen Diefenbach sei die Opposition eher in den Reihen der Bischöfe aus der Mittelschicht zu verorten. Im Anschluss stellte er mit Sulpicius Severus und Paulinus von Nola Vergleichsbeispiele vor. Er merkte an, dass zwischen asketischer und kirchlicher Autorität nicht streng getrennt werden könne, sondern beide ineinander übergingen.

SEBASTIAN SCHMIDT-HOFNER (Tübingen) konzentrierte sich auf die Versuche der rechtlichen Einhegung des Verhaltens von Heiligen. Die Bereitschaft zum Märtyrertod machte den Umgang mit Mönchen, die staatliches Recht ignorierten, schwierig, da die zur Verfügung stehenden Repressionsmittel versagten. Anhand einiger Gesetze aus dem Codex Theodosianus, Bestimmungen des Konzils von Chalcedon und Novellen Justinians zeigte er, welcher Mechanismen man sich bediente, um Mönche und Heilige trotzdem in das Rechtssystem einzufügen. Statt abschreckender Strafen wurde versucht, den entsprechenden Gruppen entgegenzukommen, für eine breite Unterstützung in den Gemeinden zu sorgen oder die Rolle des Mönchsvaters von staatlicher Seite zu übernehmen.

In seinen zusammenfassenden Ausführungen führte KAI TRAMPEDACH an, dass kirchliche und staatliche Würdenträger durch Konfrontation mit asketischen Heiligen stets Schaden nahmen. Er wies

darauf hin, dass die Ressource der Heiligkeit im politischen Alltagsgeschäft sehr schnell aufgebraucht war. Das asketische Eremitenleben konnte nur einmal aufgegeben werden. Zudem bringe es die Natur ihrer Lebensweise mit sich, dass Asketen selten selbst politisch aktiv würden, sondern stattdessen häufiger instrumentalisiert worden seien. Kai Trampedach hob das Konzil von Chalkedon als Zäsur hervor, da zuvor versucht worden sei, die Macht von Heiligen einzuschränken, indem man sie zu Priestern weihte, danach jedoch mit mehr Erfolg die Mönche wie Kleriker behandelt und der Disziplinargewalt der Bischöfe unterstellt worden seien. Steffen Diefenbach ergänzte, dass die Kirche nicht ausschließlich versucht habe, Heilige zu kontrollieren, sondern die Ressource der Heiligkeit auch aktiv genutzt worden sei. Sebastian Schmidt-Hofner wies auf den Wandel der heiligen Männer hin, die sich im Laufe der Entwicklung auch in die Strukturen einfügten und nicht dauerhaft ‚outlaws‘ geblieben seien.

Staat wie Imperium stellten in der Geschichte keine feststehenden politischen Organisationformen dar, sondern seien als institutionelle Reaktionsformen auf sich wandelnde gesellschaftliche und äußere Bedingungen zu verstehen – so die Quintessenz der von Sitta von Reden (Freiburg) geleiteten Sektion „State, Kingdom and Empire: Experiences in Premodern India and Europe“. Jene setzte sich zum Ziel, die wissenschaftliche Debatte um Formen staatlicher respektive imperialer Entwicklung in antiken Gesellschaften zu ergänzen. Dieser Diskurs wurde ferner in den Zusammenhang vergleichbarer Fragestellungen der indischen Geschichtsforschung gestellt, um die Kooperationsmöglichkeiten mit Indien als Partner des diesjährigen Historikertages zu demonstrieren. Dabei standen die Strukturen vormoderner Staaten und Imperien, sowie in Abgrenzung zu ihnen das staatstheoretische Konzept des Königreichs und die Frage nach dessen wissenschaftlicher Aktualität sowie den Quellen seiner Legitimation im Mittelpunkt. Es wurde auf europäischer wie indischer Seite der Glaube an altergebrachte, politisch-sozialgeschichtliche aber auch eurozentrische Konzepte in Frage gestellt.

PETER BANG (Kopenhagen) eröffnete die Vortragsreihe mit der Frage nach der Einordnung des römischen Imperiums in eine global-komparatistische Geschichte der Staatenformation. In aktuellen Diskursen wird die Periodisierung der Weltgeschichte in Antike – Mittelalter – Neuere Geschichte angefochten, deren verstärkt europäische Perspektive gerade im Vergleich zur unterschiedlichen Periodisierung der südasiatischen Geschichte sichtbar wird. Für ihn stelle das Konzept der durch das Streben nach weltweiter Hegemonie charakterisierten ‚universal empires‘ eine Möglichkeit für die Forschung der griechisch-römischen Antike dar, imperialistische Staaten in eine Weltgeschichte einzuordnen. Dadurch fände Rom ihre globale Parallele in anderen großen Imperien Asiens mit Hauptstädten wie Shahjahanabad, Istanbul und Beijing.

HERMANN KULKE (Kiel) richtete anschließend den Blick auf Indien im ersten vor- wie nachchristlichen Jahrtausend. Nach einer kurzen Einführung in Prozesse der Staatenformation Südasiens – etwa anhand des Nanda-Reiches als erster transregionaler Staat Indiens – versuchte er das Maurya-Reich als Königreich oder Imperium zu definieren. Dabei erfolgte ebenfalls eine kritische Betrachtung der Periodisierungsversuche indischer Geschichte durch europäische wie indische Fachkollegen: Ein kurzer Verweis auf den historischen Zusammenhang von Europas und Asiens Zusammenstoß mit dem islamisch-arabischen Reich sollte neue Impulse für die Debatte geben. Als Epochenmarker wurde die kurze Herrschaft der Hunnen hervorgehoben, die nicht nur die klassische Stadtkultur Nordwestindiens eliminierte, sondern auch zur Migration zentralasiatischer Stämme führte, womit die klassische Ära Indiens endete und eine Neugestaltung frühmittelalterlicher Regionalkönigreiche einsetzte, welche in den nachfolgenden Beiträgen von Bhairabi Prasad Sahu und Kesavan Veluthat näher exemplifiziert wurden.

CHRISTOPH LUNDGREN (Dresden) präsentierte sein Konzept von ‚Staatlichkeit‘ als Werkzeug zur analytischen Kategorisierung vormoderner Staaten, das die teleologischen Definitionen Max Webers

und Georg Jellineks von „Staat“ überwinden soll. Im Zentrum steht dabei die Frage nach den Entscheidungsträgern, der Legitimationsfähigkeit und der Organisation des Staates in verschiedenen politischen Feldern, wie etwa der Wirtschaft, öffentlicher Bestrafung oder Bestattungsriten und -gesetzen. Dadurch sei dem Historiker eine neutrale und präzise Kategorie geboten, die über die Kategorien der klassischen griechisch-römischen Antike hinaus die Analyse vormoderner Staatlichkeitsprozesse erlaube und somit einen geeigneten Ansatzpunkt für eine komparative Geschichte biete.

Ausgehend von Inschriften und archäologischen Befunden zeigte BHAIIRABI PRASAD SAHU (Delhi) am Beispiel des frühmittelalterlichen Odisha die Entwicklung früher Königreiche zu transregionalen Staaten und die Dynamiken der Staatenbildung im vorderindischen Raum auf. Bereits ab der Mitte des achten Jahrhunderts umfassten einzelne Staaten mehrere *mandalas*, d. h. Subregionen Indiens, deren Entwicklung von einer dezidierten Erweiterung von Verwaltungs- und Legitimationsstrukturen sowie einer agrarischen wie merkantilen Ökonomie geprägt war. Er machte deutlich, dass die Entstehung eines stabilen wie kohärenten transregionalen Staates, der temporär mit den vielfältigen wie diversen Lokalidentitäten verschmelzen konnte, auf der Entwicklung eines regional-spezifischen Kastensystems, einer regionalen Sprache und Schrift, deren Nutzung für die offizielle Kommunikation sowie einer regionaleigene Tempelarchitektur, die Elemente der verschiedenen Subregionen vereinte, basierte.

KESAVAN VELUTHAT (Delhi) näherte sich den Formations- und Transformationsprozessen indischer Staaten über zwei unterschiedliche, sozialpolitische Gesellschaftstypen: Stammesfürstentümern, die sich durch Subsistenzwirtschaft und das Fehlen nachweisbarer, institutioneller Strukturen auszeichneten, und durch einen nationalen wie transregionalen Gedanken verbundene Staaten, die sich von Königreichen zu Imperien entwickelten. Mit Quellen wie der mündlich überlieferten Dichtung, den Zeugnissen der Megalithkultur und jenen griechisch-römischer Kontakte auf der einen, sowie dem Schrifttum

der Tempel und Gerichte, der sakralen Monumentalarchitektur und Inschriften auf der anderen Seite dokumentierte er anschaulich die Entwicklung der südindischen Staaten im zweiten nachchristlichen Jahrtausend. Insbesondere Agrartransformationen wurden – ganz im Sinne marxistischer Konzepte – als grundlegend für diese Staatsformationsprozesse angesehen.

Abschließend plädierte SITTA VON REDEN (Freiburg) für den Fall der ptolemäischen *basileia* vielmehr von „Königreich“ statt von „Staat“ oder „Imperium“ zu sprechen, basierend auf diversen Faktoren, in denen sich diese Kategorien unterscheiden. Dafür untersuchte sie unter anderem den Charakter der Machtbeziehungen und deren interkulturelle Verhandlung in der frühen Phase ptolemäischer Herrschaft, Strategien zur Legitimation von Gebietsansprüchen, Formen wirtschaftlicher Integration sowie Formen des Verhältnisses von Zentrum und Peripherie und schließlich die Rolle von Glauben und Herrscherkult im Prozess der Einrichtung eines neuen Königreichs unter griechischer Herrschaft. Auf theoretischer Ebene zog sie dabei die Linie von Karl August Wittfogels neo-marxistischem Ansatz der hydraulischen Gesellschaft über die Zentralverwaltungswirtschaft von Claire Préaux und Michail Rostovtzeff hin zu aktuelleren Ansätzen, die wieder vermehrt Max Webers Modelle ins Zentrum stellen. Auch hier trat das Verständnis von Staatenbildung als individueller Prozess, das als Rahmenwerkzeug einen globalen Vergleich ermöglicht, deutlich hervor.

In den Vorträgen der von WERNER RIEß (Hamburg) geleiteten Sektion „Diskursräume der Aushandlung von Wissen und Meinungen im klassischen Athen“ wurden die Forschungsansätze zu Wissenstransfer mit dem *spatial turn* verbunden, indem der Fokus auf die unterschiedlichen Diskursräume der Polis gelegt wurde.

Den Anfang machte HANS BECK (Montréal) mit der Betrachtung des öffentlichen Raumes, explizit der Straße. Dort sei der Diskurs nicht vorrangig von Bürgern geprägt worden, sondern auch von Nichtbürgern, Frauen, Fremden und Sklaven. Das Teilhaben an der Öffent-

lichkeit durch das Aufsuchen von Läden und Werkstätten nahe der Agora, ohne dort Geschäfte zu tätigen, sondern lediglich um zu ‚socializen‘, habe als normales Verhalten gegolten und gehörte wohl zur politischen und gesellschaftlichen Kultur. Auf diese Weise habe das Wissensnetzwerk der Politen weit über den Kreis der Bürgerschaft hinaus gereicht, was wiederum den politischen Prozess beeinflusst habe.

Anschließend betrachtete CHRISTIAN MANN (Mannheim) die Rolle von Gerüchten als eine spezifische Form von Wissen im politischen Diskurs. Die große Bedeutung, die Gerüchten in Athen zugebilligt wurde, war für die Demokratie problematisch. Die für den politischen Betrieb unverzichtbaren Demagogen konnten leicht beschuldigt werden und für Verurteilungen, wie die Ostrakisierung, waren Gerüchte ausreichend. Um dem entgegenzuwirken, mussten die Gefährdeten ihr „Standing“ verbessern, was vor allem durch den Aufbau von Vertrauen versucht worden sei. Habe ein Demagoge seine Loyalität ausreichend untermauern können, war er in größerem Maße sicher vor der schädlichen Wirkung von Gerüchten.

CLAUDIA TIERSCH (Berlin) konzentrierte sich auf die Beschreibungen der Demokratie bei den attischen Rednern. Die theoretische Unterfütterung der attischen Demokratie sei dürftig gewesen und die bekannten Theorien stammten allesamt von Skeptikern. Am Ende des fünften Jahrhunderts sei die Demokratie noch in der Ausbildungsphase gewesen, doch bereits als institutionelle Ordnung wahrgenommen worden. In der ersten Hälfte des vierten Jahrhunderts sei ein Bekenntnis zur Demokratie erwartet worden, wenngleich Redner eine elitäre Ausprägung bevorzugten, während in der zweiten Hälfte der Begriff „Demokratie“ beinahe aus dem rhetorischen Diskurs verschwunden sei. Vermutlich war er in einem solch hohen Maße etabliert, dass er nicht mehr diskutiert werden konnte. Die einstmals verfemte Vokabel *demokratia* habe zu ihrer positiven Konnotation gefunden.

Der politische Verrat war Thema des Beitrages von DOROTHEA ROHDE (Bielefeld). Diese Anschuldigung sei hochgradig willkürlich

gewesen, da die Deutung nicht an feste Merkmale gebunden war. Mit der Anklage gegen Aischines wegen „Gesandtschaftsverrates“ erläuterte sie einen exemplarischen Prozessverlauf. Der ihn verklagende Demosthenes musste Aischines den Mangel an patriotischer Gesinnung nachweisen, doch Eubulos, der ihm eine einwandfreie Gesinnung bescheinigte, sicherte den Freispruch. Handfeste Beweise hatten für die Entscheidung keine Rolle gespielt, stattdessen war der Leumund von großer Bedeutung. Somit entschied nicht das Wissen um Fakten, sondern vielmehr der Glaube, dass der Beklagte ein loyaler Bürger sei.

KATHARINA NEBELIN (Rostock) referierte über Selbstoptimierung durch Wissen im klassischen Athen. Dabei konstatierte sie zwei unterschiedliche Ausprägungen: eine „politische“ und eine „philosophische“, und stellte die Frage nach der Kompatibilität beider. Nach Betrachtung einiger Idealformen konzentrierte sich Nebelin auf die Bedeutung philosophischer Vortrefflichkeitsvorstellungen für die politische Kultur Athens. Die Philosophenschulen des vierten Jahrhunderts mit ihrer pluralistischen Mitgliederschaft charakterisierte sie als „free spaces“ innerhalb der Polis, in denen nicht auf demokratische Praktiken Rücksicht genommen werden musste.

In seinem abschließenden Kommentar wies MARTIN DREHER (Magdeburg) darauf hin, dass sich alle Beitragenden auf den politischen Bereich konzentriert hätten, obwohl kein sicherer Beleg existiere, dass dieses Themengebiet in den angesprochenen Diskursräumen überhaupt besprochen worden ist, wenngleich er es für wahrscheinlich halte. Anschließend ergänzte er mit Festen und dem Militärdienst noch zwei weitere, formellere Diskursräume. Am Ende fasste er zusammen, dass Hauptgegenstand aller Beiträge der Versuch gewesen sei, zu ergründen, wie und wo der „Mann auf der Straße“ seine Meinungen mit Wissen fundierte.

Die letzte althistorische Sektion „Vergangenheit als Glaubensfrage? Geschichte in der politischen Kommunikation der Antike“ unter der Leitung von KATHARINA WOJCIECH (Freiburg) behandelte

den Glauben an die mythische Vergangenheit sowie dessen Rezeption und Instrumentalisierung als Narrativ in späteren Diskursen. In ihrer Einführung wies sie auf die identitätsstiftende Funktion von Gründungsmythen und deren legitimierenden Charakter für bestehende oder erwünschte Zustände hin. In der gleichzeitigen Betrachtung unterschiedlicher Räume, Epochen und Kontexte wurde der vermeintliche Gegensatz von Glaube und Wissen für die Antike einer kritischen Prüfung unterzogen. Die einzelnen Beiträge verstanden sich hierbei jeweils als Exempel von „geglaufter Geschichte“.

MARIA OSMERS (Würzburg) ging der Leitfrage nach, ob und inwieweit das Narrativ einer dorischen Provenienz des Herakles jemals in Hellas einen dominanten Status einnahm. Da eine Kanonisierung der Geschichte(n) des Herakles nie stattfand, ist eher von einer „Heimatlosigkeit“ desselben zu sprechen. Diese Ungebundenheit ermöglichte es allen Poleis, Anteil an seinem mythischen Erbe zu haben und ihn als gemeinsamen Bezugspunkt einzusetzen. So geschah dies beispielsweise bei der Münzprägung einer kleinasiatischen Symmachie aus dem beginnenden vierten Jahrhundert v. Chr. Widersprüchliche und unvereinbare Erzählungen stellten dabei keineswegs ein Hindernis für eine gemeinsame Identität dar.

In ihrem Vortrag diskutierte EVA HAGEN (Paris/Freiburg) den Wandel verschiedener Gründungsmythen in Rom und Latium in Bezug auf deren identitätsstiftende Wirkung. Wie im vorigen Beitrag standen auch hier unterschiedliche Erzählungen einander gegenüber, wie die Vortragende anhand verschiedentlich literarischer Belege von Hesiod bis Iustinus sowie Inschriften zeigte. Bei der Abstammung der Latiner setzte sich die Rückführung auf Aeneas in der *Vulgata* durch.

Den Übergang von mythischen Identitätsstiftern zu historisch greifbaren behandelte KATHARINA WOJCIECH in ihrem Beitrag. Dabei ging sie der Frage nach, ob die alte, geglaubte Vergangenheit in einer Konkurrenzsituation mit zeitgenössischen *paradeigmata* stand und möglicherweise einer Art Rationalisierungsprozess unterlag. Hierzu

untersuchte sie die Protagonisten historischer Erzählung in der attischen Rhetorik des vierten Jahrhunderts v. Chr. Die vorgestellten Gesetzgeber (Solon), Staatsmänner (Aristeides, Themistokles) und Strategen (Konon, Iphikrates, Timotheos, Chabrias) erhielten in der Rhetorik meist eine ganz bestimmte Rolle, welche von den tagespolitischen Bedürfnissen abhängig war. So sollten sie etwa nach innen als positives (Ehre) oder negatives (Strafe) Exempel dienen.

ANGELA GANTER (Erlangen) zeigte in ihrem Vortrag die Persistenz sowie die Aktualisierbarkeit geglaubter Geschichte anhand des römischen Lupercalienfestes auf. Während dieses archaisch-bäuerliche Ritual von der intellektuellen Elite (Cicero) als nicht mehr zeitgemäß empfunden wurde, fand in augusteischer Zeit eine Stilisierung als Hirtenidyll und Verankerung in der Gründungszeit Roms statt. Mittels rationaler Erklärungen wurde das Unzeitgemäße legitimiert und Emotionen kanalisiert, während die Kontinuität des Festes durch rituelles Handeln und die Anbindung an Erinnerungsorte sichergestellt wurde.

In seinem Kommentar ging UWE WALTER (Bielefeld) noch einmal auf die einzelnen Beiträge ein und eröffnete die Diskussion. Bei der latinischen Identitäts(er)findung sei insbesondere nach den Kommunikationsräumen und den Akteuren zu fragen. In Bezug auf die lange Beibehaltung der Lupercalia scheine es fraglich, ob diese in späterer Zeit überhaupt noch als archaisch-präurbanes Erbe wahrgenommen wurden. Da der Rückgriff auf reale Personen in den attischen Reden eher in die Kategorie „Wissen“ als in die des „Glaubens“ falle, ließe sich danach fragen, ob man hier von einer Intensivierung der Historizität bzw. gar Steigerung eines Geschichtsbewusstseins ausgehen könne.

In der Zusammenschau der althistorischen Sektionen wurde die semantische Breite von „Glauben“ deutlich. Sie reichte vom Glauben an die Aussagen der antiken Autoren respektive der sie untersuchenden Wissenschaftler, über den religiösen Glauben und jenen an die Autorität von Asketen bzw. kirchlicher Würdenträger, bis hin zur Aushandlung von Wissen als Form geglaubter Fakten in der Polis Athen. Der

Kernbedeutung des Glaubens als intrinsisches Merkmal der Religion waren zwei volle Sektionen gewidmet worden, um dem tiefgehenden Bedeutungswandel vom „Fürwahrhalten“ der mythischen Vergangenheit zum „Überzeugtsein“ von der Existenz eines universellen Gottes und von ihm auserwählter Persönlichkeiten gerecht zu werden. Ferner kam auch der Analysekategorie „Raum“ eine hohe Bedeutung zu. Dabei reichte das Spektrum der Sektionen von der Mikroperspektive (Straße Athens) bis zur Globalperspektive (Empires).